

# BERLIN

## Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

### Liebe Leserinnen und Leser!

Der Vermittlungsausschuß ist in die heiße Phase der Verhandlungen eingetreten. Die Rot-Grüne Bundesregierung beansprucht, das Land zu führen. Also ist es ihre Aufgabe, Vorschläge zu machen, die in Bundesrat und Bundestag mehrheitsfähig sind. Ist sie dazu nicht in der Lage, hat sie ihren Regierungsauftrag verfehlt. Wir werden konstruktiv verhandeln, weil wir kein Interesse daran haben, das Land vor die Wand fahren zu lassen. Dazu gehört allerdings auch, dass wir keine faulen Kompromisse eingehen, die den Keim für neue Enttäuschung und neuen Vertrauensverlust in die Politik bilden können.

Von der Art und Weise, wie wir die Verhandlungen mit der Bundesregierung führen und von der Geschlossenheit, mit der wir das Ergebnis dann umsetzen, wird ganz wesentlich abhängen, dass die Union mit einem guten Start in die Herausforderungen des Jahres 2004 gehen kann.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Adventszeit, ein friedvolles Weihnachtsfest und ein gesundes erfolgreiches neues Jahr 2004.

*IF*

*Ingrid Fischbach*

### In dieser Ausgabe

Die Woche im Parlament	...S.2
Der Arbeitsmarkt im November	...S.4
Lehrstellendefizit weiter vergrößert	...S.4
Minus bei Gesetzlichen Krankenkassen	...S.5
Langsame Aufhellung am Konjunkturm Himmel	...S.5
LKW-Maut	...S.5
Gerster-Affäre	...S.6



### Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074

Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

## Die Woche im Parlament



►► Die **Aktuelle Stunde** befasste sich in dieser Woche mit dem von der Bundesregierung befürworteten **Export von Atomtechnologie nach China**.

Im Vordergrund stand dabei nicht, was rechtlich in dieser konkreten Frage möglich ist, sondern von welchen politischen Grundsätzen sich die Bundesregierung in Fragen der internationalen Reaktorsicherheit und der Förderung von Hochtechnologie zugunsten der eigenen Volkswirtschaft leiten lässt und wie sich das mit der anders lautenden politischen Rhetorik vereinbaren lässt. ◀◀

►► Der Bundestag beschäftigte sich mit der **Regierungserklärung des Bundesaußenministers zum Europäischen Rat** am 12./13. Dezember in Brüssel. In den beiden Anträgen „**Für eine zügige Regierungskonferenz über die EU-Verfassung**“ und „**Gottesbezug im Europäischen Verfassungsvertrag**“ finden sich die Forderungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Abschluss der Verhandlungen über eine EU-Verfassung, u.a:

- Die Berücksichtigung der Bevölkerungsverteilung in den Entscheidungsverfahren, wie sie der Konventsentwurf vorsieht, muss erhalten bleiben.
- Eine EU-Kompetenz für die Sozialpolitik lehnen wir ab.
- Bei der Einwanderungspolitik muss das Einstimmigkeitsprinzip gelten.
- Der Verfassungsvertrag soll einen Gottesbezug enthalten. ◀◀

►► Am Freitag brachte die Bundesregierung **Neuregelungen zur Rentenversicherung und Altersvorsorge** ein. Kernpunkte der Maßnahmen sind die Einführung eines

Nachhaltigkeitsfaktors und der nachgelagerten Besteuerung der Aufwendungen für die Altersvorsorge. Unsere Kritik:

- Mit dem Nachhaltigkeitsfaktor korrigiert Rot-Grün eine eigene Fehlentscheidung, die zu großem Zeitverlust bei der langfristigen Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung geführt hat. Der Vorschlag geht nunmehr in die richtige Richtung, allerdings leistet er keine wirksame Begrenzung der Beitragssätze.
- Rot-Grün setzt erneut auf viel zu optimistische Basisannahmen. Schon die sogenannte „Jahrhundert-Reform“ von 2001 stabilisierte die Rentenfinanzen nicht. Wir verlangen die Vorlage einer soliden Basis für die Rentenberechnungen.
- Unklar bleiben die Auswirkungen auf das tatsächliche Rentenniveau von Durchschnittsrentnern und Beziehern kleiner Renten, wie sie insbesondere viele Frauen erhalten. Wir verlangen ehrliche Berechnungen, damit geklärt wird, ob ein ausreichender Abstand zur Sozialhilfe gewährleistet bleibt.
- Eine durchschlagende Vereinfachung der Riester-Rente gelingt nicht.
- Die Erziehungsleistungen der Eltern werden in keiner Weise berücksichtigt. Weder ein Beitragsbonus noch zusätzliche Erziehungszeiten sind vorgesehen. Die Rente als Dreigenerationenvertrag bleibt für Rot-Grün irrelevant.

**Ingrid Fischbach:** „Wir werden keinen gesonderten Verhandlungen zustimmen, sondern bestehen auf einem ordentlichen parlamentarischen Verfahren, damit die notwendigen langfristigen Rentenreformen auf ein sauber gerechnetes und sorgfältig beratenes Fundament gestellt werden können.“ ◀◀



Wußten Sie schon,

... dass 18 482 Deutsche im Hochschuljahr 2002/03 mit dem Austauschprogramm Erasmus im europäischen Ausland studierten? - Fast 2000 mehr als 2001/02. Mit 25 Prozent stellten Wirtschaftswissenschaftler den größten Anteil. Beliebtestes Ziel: Spanien.

## Der Arbeitsmarkt im November



►► Eine konjunkturelle Belebung des Arbeitsmarktes kann die Bundesanstalt für Arbeit (BA) weiterhin nicht feststellen. Vielmehr gehe der leichte Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl wie schon in den Vormonaten vor allem auf die Abmeldung in Nichterwerbstätigkeit – also auf einen statistischen Effekt – zurück.

Untermuert wird dies durch die weiterhin rückläufige Zahl der Beschäftigten. (Quelle: BA-Pressinformation 4.12.2003)

Arbeitsmarkt-Experten aus der Wissenschaft bestätigen, dass die optisch günstigeren Zahlen mit „*verstärkten Eingriffen*“ der Arbeitsämter zusammen hängt.

Wolfgang Meister vom ifo-Institut meint: „*Entweder werden Arbeitslose aus der Statistik herausgedrängt, etwa ältere Arbeitslose, oder sie werden aus der Statistik gestrichen, weil sie sich nicht aktiv genug um einen Arbeitsplatz bemühen.*“ (dpa 4.12.2003)

Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen kritisiert, dass unter massivem Druck der Arbeitsämter bis zu 1,3 Mio. Arbeitslose zwischen Januar und Oktober aus der Zählung gefallen seien, ohne eine Beschäftigung zu haben. (Berliner Zeitung 4.12.2003) ◀◀

## Lehrstellendefizit weiter vergrößert

►► Das Lehrstellendefizit ist im November rechnerisch noch einmal um über 3.000 auf 27.100 gestiegen. Zum 30.11. standen 38.800 Bewerbern ohne Ausbildungsplatz nur 11.700 offene Lehrstellen gegenüber. (Quelle: BA-Pressinformation 4.12.2003) ◀◀

## Minus bei Gesetzlichen Krankenkassen



►► Die Finanzlage der Krankenkassen ist weiter schwach. In den ersten neun Monaten des Jahres wuchs der Fehlbetrag auf 2,6 Mrd. Euro an und liegt damit um 600 Mio. über dem Defizit des Vorjahreszeitraums. (Quelle: Süddeutsche Zeitung 4.12.2003)

**Ingrid Fischbach:** "Nicht realistisch erscheint angesichts der hohen Verschuldung vieler Kassen die von Sozialministerin Schmidt versprochene Senkung des GKV-Beitrages von durchschnittlich 14,4% auf 13,6%." ◀◀

## Langsame Aufhellung am Konjunkturm Himmel

►► Nach Einschätzung des DIW wird die deutsche Wirtschaft im vierten Quartal 2003 um 0,5% gegenüber dem Vorquartal wachsen. Für das Gesamtjahr bleibt es allerdings beim „Nullwachstum“. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) erwartet für das Jahr 2004 eine Belebung der Konjunktur. Das BIP werde um 1,8% wachsen.

Das RWI bleibt dennoch zurückhaltend: *„Für überschäumende Hoffnung gibt es keinen Anlass: Impulse kommen erneut überwiegend aus dem Ausland, die Binnennachfrage hingegen wächst weiterhin nur sehr schwach.“* (Quellen: Reuters, AP 8.12.2003) ◀◀

## Lkw-Maut

►► Die Liste der Mängel beim Maut-System wird immer länger. Inzwischen umfasst die Bestandsaufnahme der noch nicht gelösten Probleme 140 Positionen. Ein belastbarer Start-Termin für die Lkw-Maut steht damit immer noch in den Sternen. Sogar ein Ausstieg aus dem Vertrag wird nicht mehr



Spruch der Woche

*"Von einer Lieferung der Anlage sind die Sicherheitsinteressen der Nato und der USA berührt. Sie müssen vor einem Verkauf einbezogen werden."*

Bärbel Höhn,  
grüne Umweltministerin  
Nordrhein-Westfalens,  
zum Export der Hanauer  
Atomanlage nach China

ausgeschlossen. Toll-Collect will inzwischen unter Vorbehalt Vertragsstrafe zahlen, bringt damit aber nicht annähernd die tatsächlichen Ausfälle in die Kasse.



**Ingrid Fischbach:** "Angesicht der monatlichen Einnahmeverluste von über 150 Millionen Euro sind inzwischen zahlreiche Verkehrsprojekte gefährdet. Laut Medienberichten existiert im Bundesverkehrsministerium eine Streichliste, die auch Schienen- und Straßenbaumaßnahmen im Zusammenhang mit der Fußball-WM 2006 und der Leipziger Olympia-Bewerbung betrifft." <<<

## Gerster-Affäre

▶▶ Auch nach dem Auftritt des BA-Chefs vor dem Wirtschaftsausschuss des Bundestages bleiben Fragen offen. Dass die Auftragsvergabe durch Gerster nicht ganz regelgerecht war, hat inzwischen auch der Bundesrechnungshof moniert. Weitere Merkwürdigkeiten werden bekannt:

Die BA gibt 11 Millionen Euro für eine Studie aus, mit der die „Akzeptanz“ der BA untersucht werden soll. Ein nicht sehr sensibler BMW-Dienstwagenvertrag taucht auf und nun kommt auch noch ein überhöhter Auftrag an die Wirtschaftsberatungsfirma Accenture zur Erstellung eines virtuellen Arbeitsmarktes ans Tageslicht.

**Ingrid Fischbach:** "Inzwischen gibt es nur noch einen Weg, die „Akzeptanz“ der BA zu steigern: Es muss Ehrlichkeit und Bescheidenheit einkehren. Das Geld der Beitragszahler sollte nicht für PR in eigener Sache, sondern für eine bessere Vermittlung der Arbeitslosen ausgegeben werden." <<<

Die nächste Ausgabe von **BERLIN** Die Woche ▶▶▶ erscheint am 16.01.2004.



... das Allerletzte!

*Eigentlich soll Longhorn, die Nachfolgeversion des Microsoft-Betriebssystems Windows XP, erst 2005 auf den Markt kommen. Im Süden Malaysias wurden jedoch erste Raubkopien gesichtet - zum Preis von weniger als zwei Dollar. Microsoft vermutet, Produktpiraten könnten sich eine der 8000 Testkopien geschnappt haben, die im Oktober in Los Angeles an professionelle Programmierer verteilt wurden. Malaysia gilt als ein Zentrum der Softwarepiraterie.*